



## GRÜNE Berlin stellen Bericht zum Umgang mit dem Thema Pädophilie vor

GRÜNE Berlin stellen Bericht zum Umgang mit dem Thema Pädophilie vor  
Neubaur/Lehmann: Wichtiger Schritt im Rahmen der parteiinternen Aufarbeitung  
Am heutigen Mittwoch hat der Landesverband der GRÜNEN in Berlin einen Bericht zur Aufarbeitung des Umgangs mit dem Thema Pädophilie in der Partei-Geschichte vorgestellt. Aus diesem Anlass erklären die Landesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW, Mona Neubaur und Sven Lehmann:  
"Mit der Veröffentlichung des Berichts hat der Landesverband Berlin einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung in unserer Partei geleistet. Gerade in der Gründungsphase der Grünen Partei gab es vielerorts eine falsch verstandene Toleranz gegenüber pädophilen Forderungen, die sich aus dem Grünen Selbstverständnis als Anwalt von Minderheiten abgeleitet hat. Dieses Selbstverständnis ermöglichte pädophilen Akteuren, ihre Anliegen und Forderungen in die Gründungsdebatten der Partei einzuspeisen. Wir bedauern und verurteilen sehr, dass es entsprechende Debatten in unserer Partei überhaupt gegeben hat. Die Grünen der Gründungszeit müssen sich vorwerfen lassen, durch diese Debatten pädosexuelle Täter ermutigt und Opfer entmutigt zu haben. Umso wichtiger ist es, dass wir über das, was in der Vergangenheit unserer Partei passiert ist, größtmögliche Klarheit bekommen.  
Wir begrüßen, dass der Grüne Bundesvorstand sich stellvertretend für die gesamte Partei bei den Opfern entschuldigt und klare Kriterien festgelegt hat, die uns als Richtlinien für den zukünftigen Umgang mit dem Thema dienen. Bei der Festlegung dieser Kriterien hat sich der Bundesverband umfassend und unabhängig beraten lassen. Um es möglichen Betroffenen und Zeitzeugen zu ermöglichen, direkten Kontakt aufzunehmen, wird auch die entsprechende Anlaufstelle der Partei aufrechterhalten. Damit übernehmen wir auch weiterhin Verantwortung bei der Aufarbeitung dieses Kapitels unserer Parteigeschichte.  
Als Landesverband NRW haben wir die Aufarbeitung organisatorisch und finanziell unterstützt und sämtliche Unterlagen und Archivbestände vollständig zugänglich gemacht. Zudem haben wir uns intensiv darum bemüht, dort wo keine entsprechenden Informationen vorlagen, durch weitere Recherchen z.B. in Stadtarchiven, dazu beizutragen, für Klarheit zu sorgen. Für uns bleibt die verantwortungsvolle Aufarbeitung unserer Geschichte fest in der Partei verankert, wir werden uns auch weiterhin am Aufarbeitungsprozess beteiligen."  
Zum Hintergrund:  
Am heutigen Mittwoch stellt der Landesverband der Grünen in Berlin einen Bericht über die Ergebnisse der dortigen AG Aufarbeitung vor. Eine parteiinterne Arbeitsgruppe auf Bundesebene, die Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie mit Betroffenenverbänden und Beratungsstellen geführt hat, wird in diesem Jahr ebenfalls ihren Bericht vorlegen. Bereits im letzten Jahr hatte eine externe Forschungsgruppe um den Göttinger Prof. Franz Walter ihren Bericht veröffentlicht. Die vom Bundesverband bereitgestellten Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme sowie die Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten zum Thema Kindesmissbrauch werden zudem fortgeführt, um eventuellen Betroffenen eine Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Informationen zu dieser Grünen Anlaufstelle zu Fragen des sexuellen Missbrauchs sind hier zu finden: <http://www.gruene.de/themen/partei/gruene-anlaufstelle-zu-fragen-des-sexuellen-missbrauchs.html>  
Gunnar Risse  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW  
Pressesprecher i.V.  
Oststr. 41-43  
40211 Düsseldorf  
Tel.: 0211 3866612  


### Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

### Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.